

Herborner Tageblatt.



Zeitung für Dillkreis und Weserwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
A. W. Beck'sche Buchdruckerei
Dito Beck.

Inserate: Kleine Beizeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 243.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Der Brief.

Neben den ungeheuren Ereignissen, die jetzt Schlag auf Schlag die Welt erschüttern, und im Angesicht der tiefgreifenden Umwälzungen unseres nationalen Lebens, auf die wir uns seelisch vorbereiten müssen, nimmt sich die Briefgeschichte des Prinzen Max von Baden im Grunde recht klein und nebensächlich aus. Sie ist auch im Auslande nichts weniger als eine große Haupt- und Staatsaktion behandelt worden. Aber in unserem eigenen Lande glaubt man auch diesen neuesten „Fall“ mit aller der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und — Schonungslosigkeit aufdecken, behandeln und erledigen zu müssen, von der wir nun einmal, wie es scheint, nicht lassen können, auch auf die Gefahr hin, uns selbst damit tief ins Fleisch zu schneiden. Alles muß bei uns untersucht, ausgeklärt und abgeurteilt werden, koste es was es wolle. Und wenn darüber — nach noch nicht ganz vierzehn Tagen! — wieder ein Kanzlerwechsel nötig sein würde: sei's drum; auf einen Kanzler mehr oder weniger kann es in diesen Zeiten schon gar nicht mehr ankommen. Die Hauptsache ist, daß man sich austoben kann...

Nun, Prinz Max von Baden hat nichts zu verbergen, und so hat er selbst seinen Brief an den Prinzen Alexander von Soubbotin jetzt zur Vertiefung bringen lassen. Er stammt aus dem Januar 1918 und behandelt die Aufnahme, die seine Ansprache in der ersten badischen Kammer damals im In- und Auslande gefunden hatte. Der Prinz macht kein Hehl daraus, daß ihm der beständige Tadel der Unbedeutendheit ebenso unbedrückt erscheine wie die beständige Umschmeißelung der Linken, der er durch seine deutsche Ablehnung der demokratischen Parole und zumal des Parlamentarismus eigentlich keinen Vorstoß zu Verfallsbewegungen gegeben habe. Ein Wort ernstgemeintem, praktischen Christentums, wie er es in Karlsruhe gesprochen, müßte die Leute von der Linken erst durch den Dreck und Schlamm ihrer erschreckenden Torheit hindurchschleichen, um es sich ihrer niederen Gefinnung anzupassen. Er habe die demokratische Parole der Beständigkeit verhöhnen wollen, und dazu habe er sich mit unseren inneren Verbänden einlassen müssen. Er lehne den westlichen Parlamentarismus für Baden wie für Deutschland ab und habe geltend gemacht, daß Institutionen überhaupt keine Heilmittel für die Mängel des Volkes seien. In der Friedensfrage wünsche er natürlich eine „möglichste Ausnutzung unserer Erfolge“ und im Gegensatz zu der sogenannten Friedensresolution, diesem „schrecklichen Kinde der Angst und der Berliner Hundstage“, wünsche er möglichst große Vergütungen, damit wir nach dem Kriege nicht zu arm würden. Über Belgien, das gegenüber England unser einziges Kompensationsobjekt darstelle, hätte man schon mehr als genug geredet, es sei denn, wenn die Vorbedingungen eines dauernden Friedens schon gegeben wären. Gegenüber der schändlichen Niedertracht der Gefinnung auf Seiten unserer Feinde sündigten wir durch Dummheit, denn alle deutsche und Friedensresolutionen seien beides gleich dumme Erscheinungen, wenigstens in der Form, in der sie ausstreten.

Dies ungefähr der Inhalt des dem Empfänger gehaltenen und danach in Entendebüchern veröffentlichten Briefes. Er gibt die Ansichten eines Mannes wieder, der von unparteiischer Warte aus die Begebenheiten beobachtet, der weder sich noch andere Leute für unfehlbar hält und auf dem Grunde einer tiefstiftlichen, durch alle Schrecknisse des Krieges unerschütterlich gebliebenen Weltanschauung sein Volk zur Selbstbestimmung anhalten möchte. Der Kanzler hat den Parteiführern gegenüber, die mit ihm wegen des Briefes verhandelten, auf verschiedene Tatsachen verwiesen, die ihn vor dem Vorwurf eines unverständlichen Gefinnungswechsels schützten: wie er immer, schon im Januar 1917, für Verkündigung klarer, festumgrenzter deutscher Kriegsziele eingetreten sei, wie er die Friedensresolution wohl ihrem Inhalte nach gebilligt, dem Zeitpunkt nach dagegen verworfen, wie er im Februar 1918 eine unzweideutige Erklärung über Belgien gefordert und daran festgehalten habe, als wir auch schon den Höhepunkt unserer militärischen Erfolge erreicht hatten. Die alldeutschen Gründe habe er immer bekämpft, da sie die Widerstandskraft unserer Feinde stärken konnten, und nur Friedensangebote an Regierungen verurteilt, die nichts von einem Rechtsfrieden wissen wollten. Im Innern habe er das gleiche Wahlrecht für Preußen seit jeher befürwortet, eine zu weitgehende Parlamentarisierung allerdings nicht für nötig gehalten, wie er auch ein erklärter Gegner des Siebener-Ausschusses gewesen sei, der jeden Schritt der Regierung kontrollieren sollte; denn nach seiner Meinung müsse auch innerhalb der Demokratie Raum sein für das Vertrauen in die Führung. Seine Auffassung über das demokratische Programm habe sich während des Krieges in gerader Linie fortentwickelt, aber gegen eine kritiklose Übernahme westlicher Institutionen sei er auch heute noch.

Mit anderen Worten also: der Prinz hat zugehört seit 1914. Will und soll man ihm daraus einen Vorwurf machen? Die bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit, die ja auch noch nicht gar so lange den Standpunkt vertreten haben, den sie heute einnehmen, sind für solche Regierertreue nicht zu haben, aber die Unentwegten auf ihrem linken Flügel, die Sozialdemokraten, schütteln immer noch bedenklich die Köpfe. Vielleicht glaubten sie die gute Gelegenheit, sich von der immerhin etwas peinlichen Führung durch einen selbstbeständigen Thronfolger wieder freizumachen, nicht verpassen zu dürfen; von der Einsicht jedenfalls, daß auch die friedfertigsten Naturen von den grundstürzenden Ereignissen dieses Krieges nicht unberührt bleiben konnten, scheinen sie sehr weit entfernt zu sein. Vielleicht findet sich aber doch noch ein Weg des Ausgleichs in diesem Falle; man

sollte doch wenigstens bis auf weiteres annehmen dürfen, daß auch Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler noch ein Wort mitzureden haben.

Wilson's Antwort.

Forderung besonderer Sicherheiten.

Daag, 15. Oktober.

Wie das holländische Neuwes Bureau drahtlos aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing dem schweizerischen Geschäftsträger, der die deutschen Interessen in Amerika vertritt, folgende Note zugestellt:

In Gelehrung der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute überreichten, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, folgende Antwort an Deutschland zu übermitteln: Die unbedingte Annahme durch die heutige deutsche Regierung und die große Mehrheit des Deutschen Reichstages der Bedingungen, die in der Vorschau des Präsidenten Wilson an den amerikanischen Kongress vom 8. Januar 1918 und in dem späteren Beschlusse niedergelegt wurden, berechtigt — den Präsidenten, die folgende offenerzogene und direkte Erklärung abzugeben über die Entscheidung, die er auf die Erklärungen der deutschen Regierung vom 8. und 9. Oktober getroffen hat: Es muß klar verstanden werden, daß die Entscheidung über die Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffenstillstandes Fragen sind, die der Entscheidung und den Ratschlägen der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der assoziierten Mächte vorbehalten sind.

Der Präsident erachtet als seine Pflicht, zu sagen, daß keinerlei Abmachungen durch die amerikanische Regierung angenommen werden können, welche nicht absolute und befriedigende Garantien und Sicherheiten bieten, daß die heutige militärische Überlegenheit der amerikanischen und assoziierten Streitkräfte im Felde aufrechterhalten bleibt. Der Präsident vertraut, mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß dies ebenfalls die Meinung und Ansicht der assoziierten Regierungen ist. Der Präsident meint, daß es ebenfalls seine Pflicht ist, hinzuzufügen, daß weder die amerikanische Regierung noch er selbst vollkommen überzeugt ist, daß die Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, dem zustimmen, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands ihre geschwizdrigen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen.

In der gleichen Stunde, wo die deutsche Regierung sich an die amerikanische Regierung mit Friedensvorschlägen wendet, sind die deutschen U-Boote damit beschäftigt, auf der See Schiffe zu versenken, und nicht nur diese Schiffe selbst, sondern auch die Rettungsboote, worin die Passagiere und Mannschaften ihr Leben zu retten versuchen. Bei ihrem letzten erzwungenen Rückzuge in Frankreich und Frankreich haben die deutschen Armeen damit fort, alles rückwärts zu vernichten. Dies wurde und wird von mir immer als ein direktes Vergehen gegen die Regeln und Bestimmungen der zivilisierten Kriegsführung angesehen.

Aus Städten und Dörfern, soweit sie nicht völlig zerstört werden alle Dinge, die sie enthalten, geraubt und oft sogar ihre Bevölkerung vertrieben. Den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, darf man nicht zumuten, daß sie einen Waffenstillstand genehmigen, solange diese Taten der Unmenschlichkeit, Raub und Verwüstung fortbauern, welche sie berechtigterweise mit brechenden und brennenden Verzen betradeten. Es ist ebenfalls notwendig, damit keinerlei Möglichkeit des Mißgeschickens bestehen bleibt, daß der Präsident feierlich die Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Bedeutung und den klaren Inhalt eines der Friedenspunkte lenkt, den die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Dieser Punkt ist enthalten in der Rede, welche Präsident Wilson am 1. Juli bei Mount Vernon gehalten hat und lautet:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weisheiten zu hören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zu tatsächlicher Ohnmacht.“ Und die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist gerade eine von denen, die der Präsident in dieser Rede im Auge gehabt hat.

Es liegt in der Macht des deutschen Volkes, dies zu ändern. Die Worte des Präsidenten enthalten die berechtigten und naturgemäßen Bedingungen, bevor es zu einem Frieden kommen kann. Wenn es zu einem Frieden kommen soll, muß es durch das Eingreifen des deutschen Volkes selbst geschehen. Der Präsident fühlt sich gezwungen, zu sagen, daß die ganze Entwicklung des Friedensschlusses seiner Ansicht nach von der klaren Entscheidung, dem genügenden Charakter der Garantien, die in dieser fundamentalen Angelegenheit geboten werden, bestimmt wird. Es ist unvermeidlich, daß die Regierungen, die gegen Deutschland verbündet sind, ohne die Möglichkeit irgendeiner Täuschung wissen müssen, mit wem sie zu tun haben. Der Präsident wird ferner eine besondere Antwort an die österreichisch-ungarische Regierung senden.

ges. Lansing.

Man wird den amtlich übermittelten Wortlaut der Antwort Wilson's abwarten müssen, ehe man zu ihr Stellung nehmen kann. Es braucht nicht nochmals betont zu werden, daß die angeblichen „Unmenschlichkeiten“ auf unserm Rückzug Phantasiegebilde der Verleumdungskunst unserer Feinde sind. Wohin die Antwort (wenn der Reutersche Text dem Wortlaut entspricht) mit seinen dunklen Andeutungen letzten Endes zielt, spricht ein englisches Blatt, der „Manchester Guardian“ offen aus, wenn er schreibt: „Das beste wäre, wenn der Kaiser zugunsten seines Entlassens abdankte und Prinz Max von Baden Regent würde.“ Wenn der amtliche Text der Antwortnote vorliegt, wird noch manches darüber zu sagen sein.

Vor schweren Entschlüssen.

Berlin, 15. Okt. Die für morgen anberaumte Sitzung des Reichstages ist abgefragt. Der Reichskanzler wollte in ihr eine Rede halten, die nicht auswärtige Fragen, sondern die inneren Reformen behandeln sollte. Nachdem jetzt Wilson's Antwort eingetroffen ist, ist eine Sitzung, die sich nur mit inneren Fragen beschäftigt, nicht gut denkbar. Diese Note drängt natürlich auch das in den letzten Tagen so lebhafteste Interesse an dem Briefe des Prinzen Max und seinen etwaigen politischen Folgen zurück. Man wird davon kaum mehr sprechen, denn es steht nun fest, daß diese Folgen, die sich auf die Stellung des Prinzen bezogen, nicht eintreten werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat heute beschlossen, ihm ihr Vertrauen nicht zu entziehen, so daß er also auf seinem Posten bleiben kann, und das ist gut, denn von allem abgesehen, erlaubt die Stunde keinen Wechsel innerhalb der Regierung und vor allen Dingen keine Infragestellung des demokratischen Charakters der Volksregierung, die jetzt vor der schwersten über das Schicksal von Reich und Volk entscheidenden Entschließung steht.

Die Note, deutungsvoll wie alles, was von Wilson ausgeht, ist in ihren Forderungen und Behauptungen, nicht ohne Weiteres klar verständlich und man kann sich denken, daß innerhalb der Regierung sorgfältige Beratungen notwendig sein werden, ehe der Entschluß über die Antwort gefaßt ist.

Berliner Pressestimmen zur Note Wilson's.

Berlin, 16. Okt. (Zu) Der „Lokal-Anzeiger“ schreibt: Eins aber muß festgestellt werden: Durch des großen Friedensapostels Schuld allein werden jetzt noch tausende von Menschenleben geopfert. Wer das Wort sprechen kann, das der Welt den Frieden bringt, und es nicht tut, obwohl alle Voraussetzungen, die er selbst für die Beendigung des Krieges aufgestellt hat, erfüllt sind, ist zum mindesten ebenso schuldig, wie der, der einen Krieg entfesselt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ führt aus: Wir wenden uns in diesem furchtbar ersten Augenblick an das nationale Verantwortlichkeitsgefühl der Regierung, die wir mit allen Kräften unterstützen werden, wenn sie jetzt wirklich zur Regierung der nationalen Verteidigung wird. Wir wenden uns zugleich an alles, was noch an Ehrgefühl und Daseinswillen, an Treue und feilscher Kraft im Deutschen Volke vorhanden ist, in der festen Ueberzeugung, daß das deutsche Volk noch Kraft genug hat, um einen schmachvollen, seine Zukunft zerstörenden Frieden erfolgreich abzuwehren, daß unsere Feinde mit aller ihrer Uebermacht es nicht vernichten können, wenn es nicht durch schmachvolles Nachgeben sich selbst bindet.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ sagt: Die Beantwortung der amerikanischen Note erfordert natürlich eingehende Beratungen. Wie bisher, so wird sich die deutsche Regierung auch jetzt von dem Geiste der Verschämlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes fassen.

Die „Deutsche Zeitung“ ruft aus: Wer wagt, einen solchen Frieden zu schließen? Wer hat heute den Mut, das Volk zum Neuerstehen aufzurufen, lieber mit Ehren unterzugehen, als mit Schanden zu bestehen?

Die „Kreuzzeitung“ meint: Wilson will unsere Vernichtung oder die der Monarchie. Das sollte sich in dieser ersten Stunde jeder Einzelne sagen.

In der „Tägl. Rundschau“ heißt es: Was wird man antworten? Wir müssen einen neuen Ton gegenüber dem sonderbaren Idealisten Wilson finden, der auf das brünstig werdende Entgegenkommen sich bereit finden läßt, über den Rechts- und Gerechtigkeitsfrieden den brutalsten Gewaltfrieden zu setzen. In allen politischen Herzen wird heller Zorn aufbrennen, wenn diese Antwort durchs Land geht.

Das „Berl. Tagebl.“ bringt zum Ausdruck: Durch die neue Note Wilson's hat sich der Friedensgedanke nach rückwärts bewegt. Der Geist, der aus der Note spricht, ist schlimmer, als die Forderungen, die darin verzeichnet stehen. Wilson ist der Prophet von Recht, Veröhnung und Völkerglück und der Geist dieser Note ist der Geist des Machtwillens und der Gewalt.

Der „Vorwärts“ betont: Die zum Teil überaus weitgehenden Forderungen der anscheinend inspirierten englischen und französischen Presse machen es dringend nötig, den Bogen nicht zu überspannen. Das deutsche Volk ist heute friedensgeneigt wie noch nie. Es arbeitet an seiner demokratischen Erneuerung und ist bereit, einem durch den Völkerverbund gesicherten Frieden Opfer zu bringen. Ein Rückschlag in der Stimmung ist nicht unabhlglich, wenn sich der Eindruck verhärtet, daß man auf der anderen Seite nicht geneigt ist, dem Volke den letzten Verzweigungskampf zu ersparen.

Die „Vossische Ztg.“ urteilt: Es scheint in diesem Stadium der Dinge nötig zu sein, mit aller Deutlichkeit die feindlichen Regierungen daran zu mahnen, daß es sich in der Weltgeschichte schon oft gerächt hat, ein großes starkes Volk, das, um nicht das letzte wagen zu müssen, seine Hand zum Frieden hingestreckt hat, dazu zu treiben, alle schlummernden Kräfte zur nationalen Verteidigung wachzurufen.

Die „Morgenpost“ stellt fest: In der Tat ist aber das, was Wilson uns mit seiner neuesten Note zumutet, nicht die Grundlage, auf der ein Rechtsfrieden aufgebaut werden kann, sondern es sind die Vorbedingungen für einen Gewaltfrieden, wie er schimmernd und vernichtender für uns, vernichtender auch für jede Hoffnung auf die Dauer des Friedens nicht gedacht werden kann.

Eine holländische Stimme zur neuen Antwort Wilsons.

Haag, 16. Okt. (All) Der Haager „Nieuwe Courant“ bringt einen Kommentar zu der neuen Antwort Wilsons an Deutschland, worin u. a. ausgeführt wird: Es wäre nicht angebracht, Wilsons Note im Voraus in dem Sinne zu kommentieren, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich dagegen auflehnen wird, und daß es auch der deutschen Regierung unmöglich gemacht wird, weiter zu verhandeln. Falls die deutsche Regierung von dem Wunsche befeuert ist, jetzt um jeden annehmbaren Preis Frieden zu schließen, so würden die Alliierten auf die Antwort eine befriedigende Zufolge erhalten. Auf fallend in der Note ist die Tatsache, daß Wilson von der in der deutschen Note erwähnten Ernennung einer gemischten Kommission, die das System der deutschen Räumung festzustellen hat, nichts hören will. Diese Weigerung Wilsons ist der schwerste Punkt der ganzen Note.

Auf der Antwerpener Börse rief Wilsons Note eine große Enttäuschung hervor.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Berlin, 15. Okt. Der Bundesrat stimmte heute Vormittag einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu.

Absatz 2 des Artikels wird dahin abgeändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

Absatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: „Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.“

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Nach der bisherigen Fassung des Artikels 11 hat der Kaiser im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen. Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. Hier war also in der wichtigsten Lebensfrage des Volkes die Mitwirkung der Volksvertretung ausgeschaltet. Die Aenderung dieses Verfassungszustandes ist eine alte demokratische Forderung, die jetzt zur Erfüllung gelangt. Nach dem Beschluß des Bundesrats, dem der Reichstag sicher ungesäumt zustimmen wird, sollen künftig Kriegserklärungen und Friedensschlüsse von der Zustimmung des Reichstags abhängen, in dessen Hände hierdurch die endgültige Entscheidung gelegt wird. Nicht ein Einzelwille, sondern der Gesamtwille des Volkes wird damit zum bestimmenden Faktor.

Die Krise in Österreich-Ungarn.

Kabinettswechsel und Nationalitätentage.

Wien, 15. Oktober. Die die Blätter melden, ist das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Saffarek bereits genehmigt. Graf Silva Tarouca soll mit der Neubildung des Kabinetts betraut sein. Auch das ungarische Kabinett ist zurückgetreten. Der ehemalige Abgeordnetenhauptpräsident Rabay soll das neue Kabinett bilden.

In politischen Kreisen wird auch der Rücktritt des gemeinsamen Ministers des Äußern, Grafen Burian, als bevorstehend bezeichnet. Die Ursache sei darin zu suchen, daß die Auffassung des Grafen Burian, namentlich in der südslawischen Frage, in der ungarischen Delegation auf Widerstand stöße. Als Nachfolger des Grafen Burian werden der frühere Gesandte am päpstlichen Stuhl, Graf Szecseny, und der Botschafter Graf Secheny genannt. Die Kandidaturen des früheren Botschafters in London, Grafen Rensdorph-Bouilly, und des Botschafters in Konstantinopel, Grafen Ballaviciu, stehen gegenwärtig nicht im Vordergrund. Hofrat Tomassich, der vielfach als Ministerpräsident genannt wurde, gilt als eigentlicher Unterhändler bei den Friedensverhandlungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Eingliederung der neuernennenden parlamentarischen Unterstaatssekretäre in den Reichsämtern wird den bisherigen Geschäftsverlauf wesentlich verändern. Da diese Unterstaatssekretäre keine eigene Abteilung leiten sollen, so werden sie in der Hauptsache an den Vorträgen der Referenten bei den leitenden Unterstaatssekretären sowie bei den Staatssekretären und an den sonst stattfindenden Vorbesprechungen und kommissarischen Beratungen beteiligt bleiben, so daß sie über alle Fragen unterrichtet sind in der Lage sind, die Verbindung mit den Fraktionen des Reichstages zu unterhalten und die Vorlagen im Parlament zu vertreten. Die Unterstaatssekretäre der Reichsämter bestehen ein Jahresgehalt von 20 000 Mark, nur die Unterstaatssekretäre des Auswärtigen Amtes beziehen 25 000 Mark. Wahrscheinlich wird allmählich bei jedem Reichsamt ein parlamentarischer Unterstaatssekretär geschaffen werden.

Die Neuordnung in Elsaß-Lothringen wird sich in den nächsten Tagen vollziehen. Während es feststeht, daß der Zentrumsgesandte Haug zum Staatssekretär ernannt wird, ist die Personenfrage hinsichtlich der anderen Mitglieder noch nicht gelöst. Doch glaubt man in unterrichteten Kreisen annehmen zu dürfen, daß von sozialdemokratischer Seite der Abgeordnete Betkötter für das Unterstaatssekretariat der Finanzen, der fortschrittliche Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Burger für Justiz und Dr. Forel, Bürgermeister von Metz, für Landwirtschaft

und Handel in Frage kommt. Es bestehe ferner die Absicht, Justiz und Kultus zu trennen und eine neue Abteilung für Kultus und Schulwesen zu schaffen. Hierfür soll der Landtagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Müller oder der Abgeordnete Dr. Diblo, beides katholische Geistliche, berufen werden.

Polen.

Die Errichtung eines Groß-Polen soll jetzt durch das Zusammenarbeiten der Polen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Kongreß-Polens durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke fanden in Warschau Verhandlungen statt, an denen auch die deutsch-polnischen Abgeordneten von Tramsinski und Senda teilnahmen. — In diesem Sinne hat auch die polnische Regierung Schritte eingeleitet, die auf die Teilnahme der polnischen Delegierten am allgemeinen Friedenskongreß abzielen. Die polnische Regierung bereitet ferner die Errichtung von Gesandtschaften im Auslande vor. Zunächst sind die Städte Wien, Bukarest, Bern, Kopenhagen und Stockholm dafür in Aussicht genommen.

Rußland.

Das Schicksal der Zarin und ihrer Töchter ist noch immer ungewiß. Da der Papst sich lebhaft dafür interessiert, hat die österreichisch-ungarische Regierung in Moskau Schritte unternommen, um den Aufenthaltsort der verschwundenen festzustellen. Die Antwort lautete, man wisse nicht, wo sich die Zarin mit ihren Töchtern aufhalte. Da Zweifel an der Genauigkeit dieser Auskunft bestehen, wurde eine Vertrauenskommission mit Nachforschungen beauftragt.

Finnland.

Die vollzogene Königswahl ist von dem größten Teil der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen worden. Aus den Kreisen der Entente meldet sich zunächst Frankreich, das in einer amtlichen Mitteilung bekanntgibt, mit der Wahl eines deutschen Prinzen zum König von Finnland seien die Voraussetzungen für die Anerkennung Finnlands als selbständiger Staat hinfällig geworden. Zwischen Frankreich und Finnland beständen von jetzt an keine amtlichen Beziehungen, doch verbleibe ein Konsularbeamter in Helsinki, um das Interesse der französischen Staatsangehörigen zu wahren. Es sieht zu erwarten, daß auch andere Ententestaaten eine ähnliche Erklärung abgeben werden.

Rumänien.

Die Abtretung der südlichen Dobrudscha an Bulgarien, die jetzt in alter Form seitens des Verbandes erfolgt ist, hat im ganzen Lande eine lebhafte Bewegung entflammt. Das amtliche Blatt „Steaua“ meint, daß jetzt die Früchte der Politik Bratianus erst reifen. Rumänien sei zum zweiten Male von der Entente verraten worden. So belohnt die Entente ein Land, das sich für sie ins Feuer gestürzt und zugrunde gerichtet hat. So hält die Entente ihre festerlich übernommene Verpflichtung, und wenigstens die Unversehrtheit ihres Gebietes zu wahren. Von allen Enttäuschungen und Schlägen, die das rumänische Volk im Laufe der Jahrhunderte erlitten ist die Tat, die unsere gestrigen Verbündeten jetzt gegen uns begehen, das Schrecklichste und Empörendste.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. Okt. Der Kaiser hat an den schwebenden Chef des Geheimen Zivilkabinetts v. Berg ein Danktelegramm gerichtet und ihm den Stern der Komture des Hohenzollernschen Hausordens verliehen.

Berlin, 15. Okt. Der Reichskanzler empfing gestern den neuernannten Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. v. Delbrück und den Gesandten im Haag Dr. Rosen.

Berlin, 15. Okt. Der deutsche Gesandte in Bulgarien, Graf Oberndorf, ist mit dem Gesandtschafts- und Konsulatspersonal hier eingetroffen.

Berlin, 15. Okt. Großadmiral v. Tirpitz hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er versichert, daß die Vaterlandspartei bei den Vorfällen, einen Frieden in Ehren herbeizuführen, hinter der Regierung stehe.

München, 15. Okt. Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder Sitzung zusammenzutreten, um eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe zu erledigen.

Genf, 15. Okt. Der Vereinsvorsitzende der elsaß-lothringischen Gesellschaft in Frankreich sandte an Clemenceau eine Adresse, worin gegen einen Waffenstillstand ohne vorherige Räumung Elsaß-Lothringens und gegen Präliminarien ohne Entscheidung für die Forderungen und Veränderungen energisch protestiert wird.

Der Krieg.

Zwischen Döse und Rüdke.

Die deutsche Frontverlegung zwischen Döse und Rüdke ist planmäßig durchgeführt worden. Die deutschen Nachbarn, von einzelnen am Feinde gelassenen Batterien und Geschützen unterstützt, hielten die nur vorsichtig und langsam nachdrängenden Franzosen in respektvoller Entfernung. Die Franzosen beschränkten sich in der Hauptsache darauf, die Ortshäuser im deutschen Hintergelände mit Bombengeschwadern anzugreifen. In der Zwischenzeit wurde von den Deutschen in aller Ruhe die ungeheure Arbeit der Rückverlegung der Linien durchgeführt. Es handelt sich dabei nicht nur um die Abbeförderung des gesamten Kriegsgerätes und die Räumung großer Munitionsbestände und Verpflegungsmagazine, sondern um den Abbau zahlreicher Heeresbetriebe, zur Instandsetzung von Geschützen, Maschinengewehren usw. mit allen Maschinen und Borräten an Ersatzteilen.

Die Rückzugstaktik.

Dem Berliner Korrespondenten des „Nieuwe Rottterdamse Courant“ erklärte eine maßgebende militärische Stelle, daß es für die Heeresleitung vor allem darauf ankomme, mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß der Krieg sich noch Jahre hinziehe, einen entscheidenden Durchbruch zu verhindern. Dabei sei Zeitgewinn ein wichtiger Faktor wegen der knappen Zeit, während der der Verband in diesem Jahre noch schwarze Truppen verwenden könne. Ein mögliches, aber auch nicht allzu beschränktes Zurückweichen zwingt den Feind, jedesmal Zeit zu verlieren mit dem Heranbringen seines Materials, neuen Aufstellungen usw. Bei mit geringer Sorgfalt vorbereiteter Angriffe sei das Ergebnis, daß der Angreifer, ohne die deutsche Stellung zu gefährden, hohe Verluste erleide. Der hervorbringende Frontwinkel sei schon beträchtlich verkleinert worden, nämlich von 750 auf 655 Kilometer, wodurch ruher einer Menge Material rund 35 Divisionen freilägen. Nur die hohe Moral der deutschen Truppen ermögliche einen Rückzug wie den bisherigen.

Waffensticht der nordfranzösischen Bevölkerung.

Nachdem die Furcht vor der Beschießung sich nunmehr auch der Bevölkerung von Valenciennes mitteilt hat und

port 30 000 Einwohner nicht mehr von der Flucht nach dem Osten abhalten sind, hat die deutsche Regierung sich erneut an die Schweizer Regierung gewandt. Die Schweizer Regierung ist gebeten worden, die französische Regierung von dieser Entwicklung unermüßlich zu verständigen und ihr vorzuschlagen, im Interesse der Bewohner der nordfranzösischen Städte die Beschießung zu beenden, von einer Beschießung der größeren Städte abzusehen und ihre Verbündeten ebenfalls dazu zu veranlassen. Auch sei die deutsche Regierung dazu bereit, wenigstens einen Teil der Bevölkerung zum Übertritt in die feindlichen Linien zu überreden, wofür allerdings besondere Abmachungen von Front zu Front erforderlich sein würden. Falls die französische Regierung auf unsere Vorschläge nicht eingeht, kann die deutsche Regierung die Verantwortung für die Leiden der Bevölkerung, die eine Folge der vernichtenden feindlichen Beschießung aller größeren und kleineren Ortschaften hinter unserer Front ist, nicht übernehmen.

Fransösishe Heere in Bulgarien.

Die Agence Bulgare veröffentlicht einen formellen Protest der bulgarischen Regierung, wonach sich die deutschen Truppen die Bulgaren verlassen, Vorräte und Materialien der bulgarischen Armee gewaltsam aneigneten und sie Material und Ausrüstungsgegenstände des Roten Kreuzes mitnahmen und die verwundeten bulgarischen Soldaten zwängen, ihre Kleider und Stiefel auszustehen und sie halb nackt auf der Landstraße liegen. — Der Ton dieses Protestes läßt, wie halbamtlich mitgeteilt wird, darauf schließen, daß der französische Propagandadienst die Leistung der Agence Bulgare übernommen hat. Eine Widerlegung auf den Inhalt erübrigt sich.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 15. Okt. Im Atlantischen Ozean besenkten unsere U-Boote 41 000 Brt. Handelschiffsträume, darunter mehrere Tandempfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Minen in holländischen Gewässern.

Im Monat September sind in holländischen Gewässern 818 Minen angetroffen worden. Davon waren: 263 englische Minen, eine französische Mine, 33 deutsche, 21 unbekannte Minen. — Seit Kriegsbeginn sind angetroffen worden: 4540 englische Minen, 81 französische Minen, 397 deutsche Minen, 511 unbekannte Minen.

Kleine Kriegsgeschichte.

Berlin, 15. Okt. Dem Admiral v. Capelle, bisheriges Staatssekretär des Reichsmarineministeriums, ist das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern und der königlichen Krone verliehen worden.

Wien, 15. Okt. Der amtliche Heeresbericht meldet von der italienischen Front reger Geschäftstätigkeit. In Albanien vollziehen sich die Rückzugsbewegungen ohne wesentliche Störung durch den Feind.

Lugano, 15. Okt. Schweizer Blätter erfahren zuverlässig, daß in Serbien der Wunsch herrsche, das Friedensangebot der Mittelmächte anzunehmen.

Riga, 15. Okt. In Volnisch-Botland herrscht wegen des bevorstehenden Abzuges der deutschen Truppen eine panikartige Stimmung, da sich bereits der Volkshewismus bemerkbar macht.

Lissabon, 15. Okt. Über ganz Portugal ist der Besatzungszustand verhängt worden. Im Lande herrscht angeblich Ruhe.

Bom Lage.

Keine Kanzlerkrise.

Berlin, 15. Okt. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages kam bei ihren heute abgehaltenen Besprechungen zu dem Beschluß, an der Zusammenarbeit mit dem Kanzler festzuhalten. Eine neue Kanzlerkrise dürfte also vermieden sein.

Rundgebungen an den Reichskanzler.

Berlin, 15. Okt. Dem Reichskanzler sind von den verschiedenen Seiten telegraphische und briefliche Rundgebungen zugegangen, in denen die Entschlossenheit zur Verteidigung des Vaterlandes ausgesprochen wird.

Bayernde Treue zum Reich.

München, 15. Okt. Ein in der Kammer der Abgeordneten eingebrachter Antrag der liberalen Fraktion des bayerischen Landtags verlangt, daß angesichts der schweren Zeiten, die dem deutschen Volke bevorstehen, die bayerische Volkstretung Jeuniss ablege für die unerwiderliche Einheit des deutschen Volkes und für seine feste Einheitsfront, alle Schwere gemeinsam zu tragen.

Die deutsche Stadt Danzig.

Danzig, 15. Okt. Der Danziger Magistrat hat an den Reichskanzler, an sämtliche Staatssekretäre und an den Hauptauschub des Reichstages ein Telegramm geschickt, in dem er schärfsten Protest erhebt gegen alle Pläne, die die ferndeutsche alte Hansestadt Danzig zu einer polnischen Stadt machen möchten. Danzig nehme auch für sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch und wolle deutsch bleiben immerdar.

Verchiebung der Reichstagssitzung.

Berlin, 15. Okt. Der Astenenanschuß des Reichstages trat heute abend zu einer Sitzung zusammen, um darüber zu beschließen, ob an dem Zusammentritt des Reichstages morgen mittags 1 Uhr festgehalten werden soll. Zur Stunde gilt dies als unwahrscheinlich, da das Eintreffen der Wilsonschen Antwort neue Beratungen der Regierung erforderlich machen dürfte.

Die „unterdrückten Nationalitäten“.

Genf, 15. Okt. Der Kongreß der unterdrückten Nationalitäten Österreichs, der in Paris abgehalten werden sollte, ist auf den ausdrücklichen Wunsch der französischen Regierung auf unbestimmte Zeit verlagert. Nach Mitteilungen der Pariser Presse ist die Maßnahme auf einen Schritt der amerikanischen Regierung zurückzuführen, die von den Beschlüssen des Kongresses eine Behinderung ihrer politischen Aktion befürchte.

Ein „tschechisches Kabinett“ in Paris!

Basel, 15. Okt. In Paris ist mit Zustimmung der Entente unter dem Vorsitz von Professor Maxaral ein provisorisches tschechisches Kabinett gebildet worden, das einen integrierenden Bestandteil der in Böhmen zu schaffenden nationalen Regierung bilden soll.

Die österreichische Militärverwaltung in Polen.

Wien, 15. Okt. Amtlich wird verkündet: die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzulassen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Übernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie

wird alles tun, um der polnischen Regierung den Wieder-
aufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern und ihr
auf Verlangen derzeit die Polen noch fehlenden Mittel und
Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Vollständiges Freilassungsbefehl.

Warschau, 15. Okt. Nach den Informationen der hiesigen
Presse hat Staatssekretär Dr. Solf dem Prinzen Radziwill
geantwortet, daß er sich wegen der Freilassung des Legionen-
führers Wladimir an die lokalen Behörden wenden möge.
Die deutsche Regierung habe die Offiziationsbehörden bereits
verlautet, haben die Offiziationsbehörden bereits von
der deutschen Regierung die Anweisung zur Freilassung
Wladimir erhalten. Der frühere Brigadeführer Radziwill
wäre wichtigen Posten im neuen polnischen Kabinett er-
halten.

Auf die Adresse der Türkei.

Bern, 15. Okt. Englische Blätter fordern die bedingungs-
lose Kapitulation der Türkei. Nachher würde das Schicksal
der Türkei durch die Alliierten geregelt werden. Die Türkei
müsse den Verbündeten die Dardanellen, den Bosporus
und ihre Kriegsschiffe ausliefern, müsse ihre Truppen von
der wohnsinnigen Expedition nach dem Kaukasus und Serbien
zurückziehen, Baku ausliefern, Syrien räumen und den Ver-
bündeten alle Erleichterungen geben, um die deutsche Flotte
vom Schwarzen Meer zu entfernen.

Eine Friedensmehrheit im Unterhaus?

Basel, 15. Okt. Der Parlamentsmitarbeiter des „Man-
chester Guardian“ schreibt, daß im englischen Unterhaus eine
Friedensmehrheit für den sofortigen Eintritt in Friedens-
verhandlungen auf Grund der Wilsonschen Vorschläge vor-
handen sei.

Furcht vor den U-Booten.

Bern, 15. Okt. Churchill mahnte in einer öffentlichen
Ansprache zu größter Vorsicht gegenüber dem deutschen
Friedensangebot, namentlich wegen der Tauchbootgefahr.
Wenn die Deutschen in der Lage wären, während einer sich
anschießenden Periode von Verhandlungen die Stärke ihrer
Tauchbootflotte zu steigern, dann könne der Endkampf, in
dem die Verbündeten zu siegen begännen, ein ganz anderes
Gesicht annehmen.

Die türkische Kabinettskrise.

Wien, 15. Okt. Nach Nachrichten aus Konstantinopel soll
es Zerwürfniß zwischen dem Kaiser und dem Kabinett zu geben.
Namentlich wurde Ismet Paşa mit der Kabinettsbildung
benannt.

Wetterlage gegen Volkstimmung.

Bern, 15. Okt. Die in Frankreich waltenden Unruhen
sowie die dortigen Kämpfe, darunter die von Metz, Nancy,
Lüttich, haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie davor warnen,
daß die Wiedergutmachung des durch den Frankfurter Ver-
trag verletzten Rechts von einer Volkstimmung abhängig
gemacht werde.

Große Unruhen in Turkestan.

Stockholm, 15. Okt. Meldungen der russischen Presse zu-
folge sind in Turkestan große Unruhen ausgebrochen. Tausende
sind in Flammen stehen. Aufständische Bauernhorden ziehen
gegen die Stadt und werden von Soldaten der früheren
russischen Armee unterdrückt. Der Sowjet von Kaschkent ist
zerschlagen.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 16. Oktober 1918.

* Die Fleischpreise. Das Kriegsernährungsamt
teilt mit: Da das Ertragsniveau der letzten Viehhaltung
gering ist, daß bei früheren Eingriffen in den Viehbestand
bis auf weiteres die Rost der Fleischversorgung nahezu all-
zu tragen haben wird. Gefahr für unsere künftige Fleisch-,
Woll- und Fettversorgung besteht würde, bleibt größte
Sparmaßnahme im Fleischverbrauch geboten. Die Fleisch-
preise sollen daher auch für die Monate November, De-
zember und Januar beibehalten werden, doch ist mit Rücksicht
auf die Weihnachtsfeierlichkeiten ihre Zahl auf drei, d. h. also
eine im Monat herabgesetzt worden. Sie entfallen auf die
Wochen 18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember und 6.
bis 12. Januar. Für rechtzeitige Fleischlieferung für die
Weihnachtsfeierlichkeiten soll gefordert werden. Die Zulagen für
Kranke und Schwererkrankte werden auch in den Fleischlofen
weiter bewahrt.

* Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe er-
halten: Gymnasialdirektor Prof. Dr. Endemann-Dillen-
burg; ferner die Holzauer im Staatswald: Wilh. Klein-
Adersdorf, Adolf Klein-Adersdorf, Wilh. Jung-Aders-
dorf, Wilh. Christ, Haas-Scheldchen und Karl Neef-
Wiederhofbach.

* Aufhebung des Hauschlachtungsverbots.
Da einer amtlichen Bekanntmachung über Fleischselbstver-
ordnung und Hauschlachtungen werden die bisher gültigen Be-
stimmungen über diesen Gegenstand zusammengefaßt und das seit
Januar bestehende Hauschlachtungsverbot, von dem im allge-
meinen nur bei Erntehauschlachtungen Ausnahmen gemacht wer-
den konnten, aufgehoben. Da Schweine fast nur noch zum
Zwecke der Selbstversorgung gehalten werden, und daher für
die allgemeine Versorgung mit Schweinefleisch, insbesondere zur
Herstellung einer nur einigermaßen schmackhaften Wurst nur
sehr wenige Tiere zur Verfügung stehen, wird vorgeschrieben,
daß der Hauschlachtende entweder ein anderes ganzes Schwein
oder ein Schweinequartel dem Kommunalverband gegen ent-
sprechende Bezahlung zur Verfügung stellen muß. (Dillig.)

* Wie man uns mittelst, ist es sehr vorteilhaft, beim
Einkellern der Kartoffeln zwischen die Kartoffeln
Asche zu streuen. Durch das Bestreuen der Kartoffeln mit
Asche soll das Faulen derselben wesentlich herabgemindert
werden. Bei der Wichtigkeit der Kartoffel als Lebensmittel
ist die Bestreuerung mit Asche sehr zu empfehlen. Am besten
soll dies lagenweise geschehen und zwar so, daß man etwa
einen Fuß hoch Kartoffeln auf das Gerüst aufschüttet und diese
dann mit einer Lage Asche bestreut.

* Ueber die Zeichnungen zur Kriegsanleihe
laufen vielfach irreführende Gerüchte um. Selbstverständlich
gibt die Zeichnung, wie von zuständiger Seite noch besonders
bestätigt wird, ohne Unterbrechung erfolgreich weiter. Es ist
unbedingt nötig, daß alles Kapital, alles Geld, das jetzt un-
nützlich aufgespeichert ist, lebendig gemacht und der Kriegsan-
leihe zugeführt wird. Kriegsanleihezeichnung ist
Friedenskräftigung. — Das bedeutet man! Vor allem kein
karges Geld zurücklegen! Wer das tut, schädigt sich selbst am
meisten und entzieht damit der Allgemeinheit die dringend nö-
tigen Zahlungsmittel.

Bad Nauheim. Auf Anordnung des Friedberger Kreis-
amtes wurde dem „Hotel Adler“ der Fleischbezug für seinen Ge-
werbetrieb gesperrt. Das „Grand Hotel“ und das bekannte
Sanatorium Orandel sind bereits geschlossen, so daß das Kreis-
amt gegen beide Häuser verwaltungspolizeilich nicht mehr vor-
gehen kann. Die Maßnahmen der Behörden hängen mit den
hier aufgedachten großen Geheimschlägereien zusammen, an denen
die drei Häuser hervorragend beteiligt waren.

Frankfurt a. M., 15. Okt. An dem Bahnsteiggeschäft
K. im Hauptbahnhof übten heute nachmittag Feldgrau einen
wahren Akt er Selbstjustiz. Ein schwer kriegsbeschädigter Sol-
dat, dessen Glieder infolge eines Nervenschocks in fortwährender
Bewegung sind, wollte, da er übermüdet war, auf einer Bank
innerhalb der Sperre einen Augenblick ruhen und durchschreien
deshalb die Sperre. Hier wurde er mit Gewalt und schließlich
mit einigen Schlägen von dem Schaffner behindert. Als einige
Feldgrau diesen Akt empörender Lieblosigkeit bemerkten, rü-
ckten sie dem Schaffner im Sturm zu Leibe und laßen ihm ein
gar gründlich Kapitel aus dem „Klopstock“ — so sehr, daß
er es nicht zum zweiten Mal wagen wird, einem bemitleidens-
werten Kriegsbeschädigten ein Ruheplätzchen zu verweigern.

Frankfurt a. M. Nächsten Montag beginnt am
Oberkriegsgericht des stellv. Generalkommandos des 18.
Armeekorps hier die Berufungsverhandlung gegen
eine größere Anzahl von früher zum Pionier-Deeres-
park in Mainz gehörigen Unteroffizieren und Mann-
schaften, die zu der Zeit des inzwischen rechtskräftig
verurteilten und aus dem Deere entfernten Haupt-
manns der Landwehr, Philippi, Schmiergelder ange-
nommen haben sollen. Neben Hauptmann Philippi
waren noch 24 Mann angeklagt, von denen 13 vom
Mainzer Gouvernementsgericht verurteilt worden sind.
Ein Unteroffizier, bei dem eine Bestechungssumme von
200 000 Mark festgestellt wurde, hat zwei Jahre und
drei Monate Gefängnis erhalten. Berufung ist vom
Berichtsherrn und von den Angeklagten eingelegt wor-
den. Zu der Verhandlung sind über 100 Zeugen und
Sachverständige geladen. Man rechnet mit einer Ver-
handlungsdauer von etwa einem Monat.

Wiesbaden. (Wader.) In einem nach Mainz jahren-
den Zuge rühmte sich am Dienstag ein Händler vor allen Mit-
reisenden damit, daß er Äpfel, die er im Weierwald mit 60
Mark den Zentner erstanden, sofort in Wiesbaden zu 130 Mk.
verkauft habe. Am Zentner habe er im Handumdrehen 70 Mk.
verdient.

Emmenhausen. Durch einen unglücklichen Zufall war-
de der 50jährigen Landwirtsfrau Margarete Dregel eine Wagen-
deckel zerbrach in den Leib gestochen, daß sie am Rücken wieder
herworf. Die unglückliche Frau verstarb unter furchtbaren
Qualen.

Vom Rhein. Die Rauffscherei auf dem Rheine zwischen
Bingen und Niederlahnstein wurde in diesem Jahr von etwa
25 holländischen Fischkuttern betrieben. Die Ausbeute soll ge-
ring gewesen sein, wenigstens haben die Uferbewohner keine
Fale zu sehen und zu essen bekommen.

Aus der Palz. Der Preisrückgang auf dem
Weinmarkt hat fortgesetzt an viele Wein-
handlungen, die im stillen bereits große Verkäufe ab-
geschlossen hatten, haben durch den Preissturz Hun-
derttausende von Mark verloren, da sie die
Käufe nicht mehr rückgängig machen können. Der
Preis eines Lagers (50 Liter) Most sank in knapp drei
Tagen von 180 auf 90 bis 95 Mark, an einzelnen
Stellen auf 60 Mark.

□ Marktpreise des Reichslandes. Bei den Er-
örterungen über den Fossil- oder Abbau der jetzigen
Erzeugungswirtschaft in der Lebensmittelversorgung wird
vielfach der Preisrückgang Ausdruck gegeben, daß die Lebens-
mittelpreise ins Ungemessene steigen würden, und daß damit
die Ernährung der Bevölkerung eine noch ungünstigere
sein würde als jetzt. Demgegenüber sei darauf hingewiesen,
daß der Schleichhandel im Inland eine solche Ausdehnung
angenommen hat, daß schon eine Marktpreisbildung bei
ihm zu verzeichnen ist. Diefelbe scheint in Verbindung mit
dem Lebensmittelhandel im besetzten Gebiet und darüber
hinaus im neutralen Ausland zu stehen. So werden zurzeit in
Wien folgende Preise im freien Verkehr in den Läden der
Stadt sowie besonders in der Markthalle gezahlt: Für ein
russisches Pfund (400 Gramm) Weizenmehl 4-5 Mark,
Weizenroggen 5,50-6 Mark, Roggenbrot 2,80 Mark,
Weizenmehl 7 Mark, Zwieback 10 Mark,
Speck 17-20 Mark, Butter 17-18 Mark, Salz 16 Mark,
magerer Röllschinken 10-12 Mark, Reis 8 Mark, Tee
64 Mark, Kaffee gebrannt 30 Mark, ungebrannt 28 Mark,
Häferkuchen 4 Mark, Graupen 3 Mark, Erbsen 2,50 Mark,
Linsen 3 Mark, Bohnen 7 Mark, ein Ei 85 Pfennig,
Kartoffeln 35-50 Pfennig, Weiskohl 10-12 Pfennig,
Voberrüben 30-40 Pfennig, Rimmel 7 Mark, Kartoffel-
mehl 3,80 Mark, Rals, gebr. Gerste 2,50 Mark, deutscher
Würfelsüder 8 Mark, russischer Würfelsüder 9 Mark,
Streuzüder 8-7,50 Mark. Ähnlich sind auch in Deutsch-
land die Preise. So sei nur daran erinnert, daß in
Berlin die Brotart (1950 Gramm) zu 6-7 Mark im
Schleichhandel vertrieben wird.

□ Briefe an Kriegsgefangene. Briefsendungen an in
China festgehaltene Angehörige der deutschen Wehrmacht
können, da die Beförderung über die amerikanische Post
Schwierigkeiten begegnet, dem Informationsbureau des
Niederländischen Roten Kreuzes im Haag zur Weiter-
beförderung übermittelt werden. Postsendungen an deutsche,
in amerikanischen Lagern in Frankreich festgehaltene
Kriegsgefangene werden über die Schweiz geleitet. Post-
anweisungen für diese Gefangenen sind an die Oberpost-
kontrolle in Bern zu richten.

□ Völlige Ruhe im Weingeschäft. Im rheinischen
Weinhandel herrscht gegenwärtig vollständige Stille. Kein
Käufer zeigt sich in den Dröschkassen, und Angebote bei
den früheren Abnehmern bleiben unbeachtet. Jeder hält
zurück, weil niemand weiß, was der nächste Tag in dem

Weinhandel bringt. Es sieht heute schon ten, daß die
letzten Phantastepreise in keinem Falle mehr erreicht
werden; denn man ist überall vorsichtiger geworden, und
der milde Raub im Ankauf zu jedem Preis scheint ver-
loren zu sein.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstaabsbericht

Großes Hauptquartier, (Wolff, Büro, Amtlich.)
16. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort.
Der Hauptdruck richtete sich auf Torhout und gegen
die Bahn Iseghem-Kortrijk. Auch gegen die übrige
Kampffront richtete der Feind vielfach durch Panzer-
wagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen
Stellen haben unsere Truppen ihre Vinten behauptet.
An anderen Stellen wichen sie kämpfend aus und
wehreten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten, viel-
fach durch Gegenstöße, ab. Auf dem nördlichen An-
griffsflügel blieb Torhout in unserer Hand. Versuche
des Feindes, zwischen Werlem und Torhout in nörd-
licher Richtung vorzustoßen, wurden in erster Linie
durch Truppen der 38. Landwehrdivision verhindert.
Südlich von Torhout haben wir die Linie Lichter-
velde-Iseghem gehalten. Südlich von Iseghem ge-
lang es dem Gegner über die Bahn Iseghem-Kortrijk
hinaus vorzudringen. Desfalls der Bahn brachten wir
ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Velle
setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Bohain und der Dife griff der Feind
erneut unter starker Artilleriewirkung an. Nördlich
der Straße Bohain-Aisonville hielten wir ihn durch
unser Feuer nieder. Aisonville wurde nach heftigem
Kampfe gegen die beiderseits des Ortes und gegen
den Ort selbst mit starken Kräften mehrfach anstürmen-
den Gegner gehalten. Auch der nördlich der Dife
vordringende feindliche Angriff scheiterte vor unseren
Linien. Die seit Wochen fast ununterbrochen im
Kampfe stehende 6. bayerische Infanteriedivision zeich-
nete sich wiederum besonders aus.

Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich
und nordöstlich von Laon und westlich der Aisne, in
denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zu-
fügten. Der Feind steht hier südlich der Serre und
etwa in Linie Pisse-Siffonne-Le Thour-St. Ger-
mainmont.

An der Aisne-Front Erkundungs-Gesichte. Der
zwischen Orliz und Grandpre auf Mouron entlang
der Aisne vorspringende kleine Stellungsbogen wur-
de geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den
Feind auch gestern wieder zu mehrfachen für ihn ver-
lustreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit
dem vorübergehenden Gassen des Bogens beabsichtig-
ten Zweck voll erreicht.

Deeresgruppe v. Gallwitz

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneut
heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer
und an unseren Gegenstößen gescheitert. Der Feind
hat auch gestern, trotz Einsatz weit überlegener Kräfte,
starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Pan-
zerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von
Jubin am Walde von Bantheville und nordöstlich von
Cunel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkel-
heit ihren Abschluß. Auf dem östlichen Maasufer zer-
splitterten sich die zwischen der Maas und nordwest-
lich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem sehr
unübersichtlichen Waldgelände in heftige Teilkämpfe,
die zu unseren Gunsten endigten. Der Amerikaner
erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere
Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Sozialdemokraten halten den Kanzler.

Berlin, 15. Okt. (ZU) Die sozialdemokratische
Reichstagsfraktion hat in ihrer heute nachmittag ab-
gehaltenen Sitzung mit überwiegender Mehrheit be-
schlossen, die Briefangelegenheit des Prinzen Max von
Baden vorläufig nicht weiter zu verfolgen. Die Fraktion
hat sich damit für das Verbleiben des jetzigen Reichs-
kanzlers in seinem Amte entschieden. Maßgebend für
diese Stellungnahme war die Überzeugung, daß die
allgemeine politische Lage durch den Rücktritt des
Reichskanzlers im jetzigen Augenblick deart kompliziert
werden würde, daß das Zustandekommen des Friedens
in höchstem Maße in Frage gestellt werden würde.
Nicht ohne Einfluß auf diesen Beschluß war das Be-
kanntwerden der Antwort des Präsidenten Wilson auf
die deutsche Note.

Die verzögerte Verständigung.

Berlin, 16. Okt. (ZU) Die „Norddeutsche All-
gemeine Zeitung“ schreibt: Die Antwort des Präsi-
denten Wilson auf die Note der deutschen Regierung
vom 12. d. M. ist früher als man erwartet hatte,
eingetroffen. Das umfangreiche Schriftstück beschränkt

OSRAM AZO
Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt
Auergesellschaft
Berlin O 17

sich nicht auf eine Aeußerung darüber, ob die in der deutschen Note erörterten drei Punkte eine genügende Antwort auf die Fragen der ersten amerikanischen Note darstellen, sondern führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegenäußerung notwendig werden, sodas das praktische Ziel, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen noch nicht sofort zu erreichen sind.

Der Streik der Tschechen ruhig verlaufen.

Prag, 16. Okt. (U) Der eintägige Streik der tschechischen Arbeiterschaft in Prag und Vororten ist entgegen allen Befürchtungen ruhig verlaufen. Militär und Polizei hatten zwar die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, doch gab es, abgesehen von ganz geringen Zwischenfällen, keinen Anlaß zum Einschreiten. Die Proklamierung der tschechischen Republik, die wiederholt bereits angekündigt wurde, ist diesmal tatsächlich erfolgt.

Bedeutende Sitzung des ungarischen Reichstages.

Budapest, 16. Okt. (U) Der ungarische Reichstag tritt heute zu einer bedeutenden Sitzung zusammen. Es sollen von leitenden Persönlichkeiten der Parteien unabhängige Erklärungen abgegeben werden, wie entweder eine engere Schließung der Personalunion oder eine noch weitere Lockerung des Verhältnisses zu Oesterreich herbeizuführen sein wird. Jedemfalls soll Ungarn ein unabhängiger Staat unter dem Szepter der Habsburger werden.

Die Lage in der Türkei.

Genf, 16. Okt. (U) Die Ententepresse bespricht die Konstantinopeler Vorgänge und meint, Enver Pascha sei dort noch immer Herr der Lage, und die Vereinigung von 20 größeren und kleineren Kriegsschiffen unter deutschem Oberbefehl sei bezeichnend.

Eingefandt.

Für Form und Inhalt aller unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Die Verordnung über die Bucheckernnte erscheint mir überaus ungünstig, da sie den Sammel-eifer erlahmen läßt. Wer einmal die kleinen Früchte geerntet hat, weiß erst, was es heißt, auch nur zehn Pfund zu sammeln, muß doch jedes Körnchen für sich angefaßt werden. Dabei ist es jetzt im Walde naß und kalt; das Schuhzeug und die Kleider leiden und man setzt sich der Gefahr einer Krankheit aus.

Auf die Verordnung hin hörte ich sofort mehrere seither eifrige Sammler sagen, daß sie kein Pfund mehr holen würden, wenn sie die Hälfte abgeben müßten, um einen Schlagschein zu erhalten. Statt also zum Sammeln anzuregen, wird gerade das Gegenteil erreicht. Die Leute werden entweder vom Sammeln abgehalten, oder aber zur Unehrlichkeit verleitet, da sie versuchen werden, das Del ohne Schein geschlagen zu bekommen. Noch ein anderer Ausweg ist, daß die Leute auf einer minderwertigen Presse das Del selbst ausdrücken. Welche Fettmenge durch ein derartig mangelhaftes Verfahren für unser an Fett so armes Volk verloren ginge, ist leicht einzusehen.

Hätte man einen kleinen Teil — vielleicht 20% — für die Allgemeinheit abverlangt, so wäre gewiß jeder zur Abgabe bereit gewesen. Zugänglich derjenigen Mengen, die von den Schülern und sonstigen öffentlichen Sammelgruppen aufgebracht werden, wäre das Ergebnis auf jeden Fall noch recht günstig gewesen. Außer den Einwohnern der ganz großen Städte hat jeder irgend eine Gelegenheit, die wertvollen Früchte zu sammeln; die Städter wissen ja auch bei ihren Hamsterfahrten, wo das Land ist.

Der oberste Grundsatz muß sein, daß für unser Volk möglichst viel Fett herbeigeschafft wird und daß nicht die Lust hierzu durch Verordnungen vom grünen Tisch aus zerstört wird.

Auch dadurch, daß das Räbbel für den abgegebenen Samen so lange nicht zur Ausgabe kommt, ist recht viel Mißtrauen in die ländliche Bevölkerung getragen worden, und Vertrauen zu unseren Regierungsstellen ist in diesen ersten Zeiten das Wichtigste für unser Volk.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Die bei der Stadt bestellten Mähren sind eingetroffen und kommen **Donnerstag**, den 17. ds. Mts. am **Güterbahnhof** wie folgt zur Ausgabe:

Nr.	1-78	von	8-9	Uhr	vormittags
"	79-189	"	9-10	"	"
"	170-270	"	10-11	"	"
"	271-370	"	11-12	"	"
"	371-440	"	2-3	"	nachmittags
"	441-550	"	3-4	"	"
"	551 ab	"	4-5	"	"

Von 5 Uhr nachmittags ab können noch Mähren ohne vorherige Bestellung abgegeben werden.

Herborn, den 15. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkenhahl.

Bekanntmachung.

Vom 14. Oktober ab fallen die Personenzüge 651 Siegen ab 5⁴⁵ N. Beßdorf ab 7⁵⁹ N. Köln an 9⁴⁷ N. und 652 Köln ab 8⁰⁰ V. Beßdorf ab 9⁵⁸ V. Siegen an 12⁰⁰ N. vorübergehend aus.

Königliche Eisenbahndirektion Frankfurt (M.)

Obstbäume

Kern-, Stein- und Beerenobst in allen Formen und erstklassiger Ware.

Koniferen und Alleeabäume sowie sonstige Baumschulartikel.

C. Lohse, Baumschulen und Kirchen an der Elbe.

— Neueste Preisliste kostenfrei. —

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen, Rübenschnneider, Brockelmühlen, Futterschneidmaschinen, Räucherapparate (Qualm) sofort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche

Filterfabrik Roth (Dillkreis).

Arbeiter u. Arbeiterinnen gesucht.

Wehr & Sattinger, Herborn.

Wer sich in

Obstbaumzucht und Pflege

ausbilden will, findet geeignete Stelle.

Freie Station kann gestellt werden.

Siegerländer Baumschulen

Willibald Pätzold, Weidenau-Sieg.

Tüchtige Arbeiter

für ihr Dampfsgewerk Strauch b. Edingen suchen

Gebr. Kloos, Wehlar.

Einmachtabletten empfiehlt **Ergerie A. Doerndt.**

Wetzlar - Braunfelser Konsumverein. Bestellungen auf **Weißkraut** per Zentner 8 Mk. werden angenommen bis Mittwoch nachmittag. Lieferung erfolgt diese Woche noch.

Der Vorstand.

Frau od. Mädchen für Haushalt wegen Erkrankung meiner Frau sofort gesucht. Dillstraße 7, parterre.

Särge

eichen, kiefern, Zinnsärge stets auf Lager. Uebernahme von Ueberführungen.

Louis Krauskopf, Dillenburg.



Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Sohn, unser treuer Bruder

Willy Fuhrlander

nach langem, mit großer Geduld getragenen Leiden infolge seiner Verwundung im Lazarett zu Siegen im 23. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Arborn, den 14. Oktober 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Eduard Fuhrlander
nebst Kinder.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr statt.



Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom Liebsten was man hat, muß scheiden.

Wir machen die schmerzliche Mitteilung, daß nach Gottes allmächtigen Willen, unser lieber, guter hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Onkel,

Hermann Kuhl,

Musketier im Res.-Inf.-Regt. 80,
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse,

in den schweren Kämpfen im Westen am 23. September 1918 den Heldentod fürs Vaterland gestorben ist.

Ballersbach, den 14. Oktober 1918.

Im Namen der tieftrauernden Angehörigen:
Heinrich Kuhl, Bürgermeister.

Für Herbst und Winter

Favorit-Moden-Album wieder vorrätig. 1,00 M.	Album zur Anleitung der häuslichen Schuhreparatur 75 Pfg. Nähahle dazu 2,50 Mark.
---	--

Reinwollene Herrenstoffe dunkel meliert, für Anzüge und Paletots, 140 cm breit.	Meter	98,—	120,—	135,—	150,—	M.
Halbwollene Stoffe für Knaben-Anzüge	Meter	38,—	45,—	55,—	69,—	M.
Kunstseidene Stoffe für Jackenkleider und Mäntel, 80/120 cm breit.	Meter	38,—	115,—	M.		
Mantelstoffe 140 cm breit, dunkel gemustert.	Meter	52,—	55,—	69,—	85,—	M.
Kostümstoffe marineblau und schwarz, 130/140 breit	Meter	45,—	60,—	85,—		

Beachten Sie meine Schaufenster!

Kaufhaus Michel Marx, Siegen.